
Fotografischer Rückblick fossil-free.ch 2014 - 2024



Der Anfang: Peoples Climate Mobilisation Helvetiaplatz 20.09.2014



Peoples Climate Mobilisation 20.09.2014



Briefübergabe an Bundesrätin Doris Leuthard Spätherbst 2014



Global Divestment Day 14.02.2015



Ende Gelände 16.08.2015 / Oktober 2015 / Mai 2016



Ende Gelände Polizeikessel 16.08.2015



Wo ist Sankt Doris? Petitionsübergabe an Bundesrätin Leuthard Herbst 2015



Wo ist der Winter? 14.11.2015



Klima-Aktionstag vor Pariser COP 21 28.11.2015



COP 21 Paris 12.12.2015 - Pariser Klimaabkommen



Kampagne Mein Geld ist sauber z.B. Basel 27.05.2016 / Zürich 08.09.2018

**25'000 UNTERSCHRIFTEN:
SCHWEIZER*INNEN FORDERN
DIVESTMENT**

www.mein-geld-ist-sauber.ch

X FOSSIL-FREE.CH

Mein Geld ist sauber übersteigt 25'000 Unterschriften 27.06.2016



Pensionskassenkampagne mit Klimaallianz: Zürich 04.11.2016



Standing Rock: Dakota Access Pipeline 01.12.2016



FOSSIL-FREE.CH

Divestement manual

Eine Praxishilfe

fossil-free.ch

I Praxishilfe	
1	Vorwort 7
1.1	Klimawandel und Divestment 7
2	Divestment 9
2.1	Was ist Divestment? 9
2.2	Divestment in der Schweiz 9
2.3	Strategien und Sicherung der Nachhaltigkeit von Investments 10
2.4	Vorgehen 10
2.5	Forderungen von fossil-free.ch 11
3	Schweizer Pensionskassen 13
3.1	Rechtliche Grenzen 13
3.2	Chancen zur Einflussnahme 13
3.2.1	Ausserparlamentarische Einflussnahme 13
3.2.2	Parlamentarische Einflussnahme bei öffentlich-rechtlichen Pensionskassen ... 14
4	Divestment und Portfolio-Investitionen 15
5	Muster-Vorstoss 17

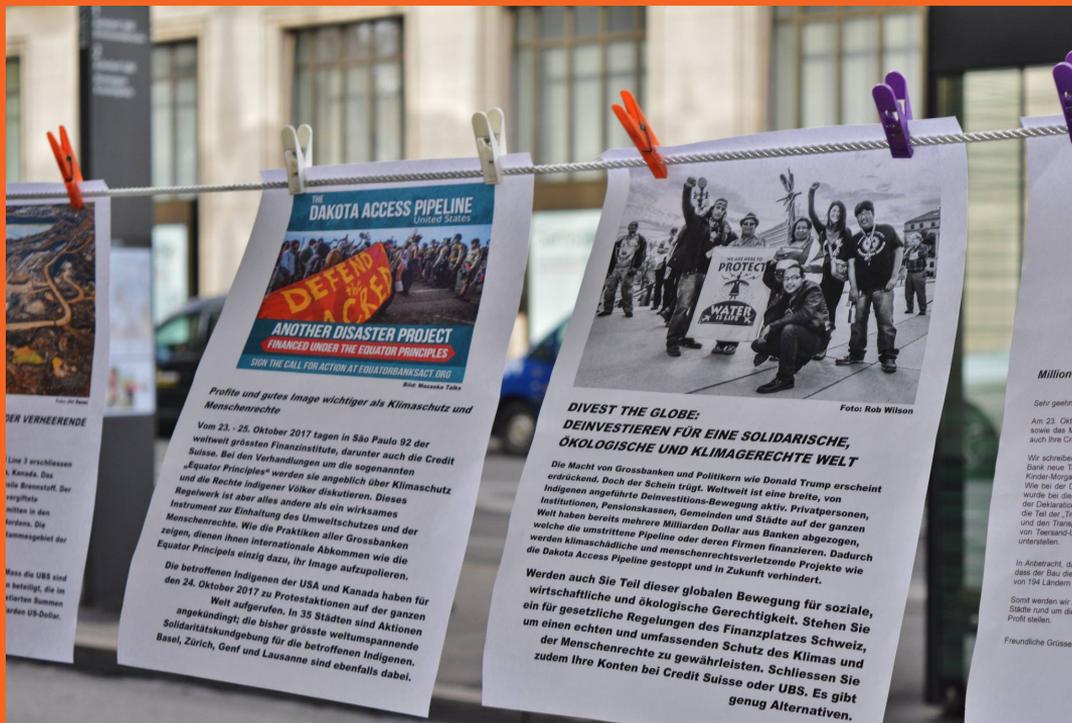
II Politische Vorstösse	
6	Deutschschweiz 23
6.1	Vorstösse auf nationaler Ebene 23
6.1.1	Motion 14.3040 23
6.1.2	Motion 14.3123 24
6.1.3	Motion 14.3262 25
6.1.4	Interpellation 14.3234 27
6.2	Vorstösse auf Gemeinde- und Kantonebene 28
6.2.1	Kanton Basel Stadt 28
6.2.2	Kanton Bern 29
6.2.3	Stadt Bern 32
6.2.4	Kanton Schaffhausen 32
6.2.5	Stadt St. Gallen 33
6.2.6	Kanton Zürich 36
6.2.7	Stadt Zürich 38
7	Westschweiz 43
7.1	Vorstösse auf Gemeinde- und Kantonebene 43
7.1.1	Canton de Fribourg 43
7.1.2	Canton de Genève 47
7.1.3	Ville de Genève 62
7.1.4	Canton du Jura 63
7.1.5	Canton de Vaud 64
7.1.6	Ville de Lausanne 68



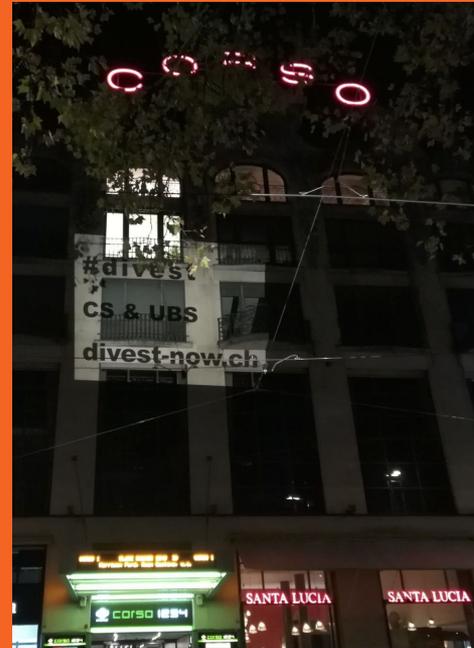
Zurich Film Festival: Protest gegen CS verboten 08.10.2017



Dakota Access Pipeline Widerstand / Mazaska Talks 24.10.2017



Dakota Access Pipeline Widerstand / Mazaska Talks 23.10.2017



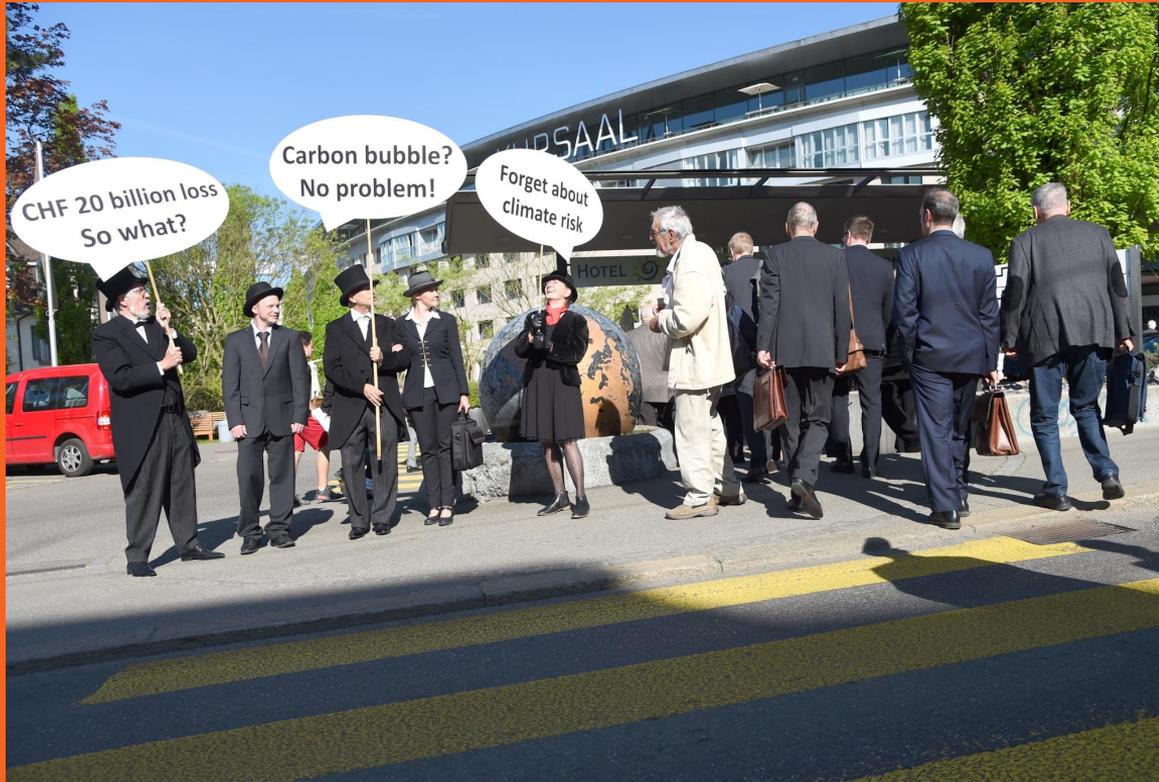
Dakota Access Pipeline Widerstand / Mazaska Talks 23.10.2017



Anti-Trump Demo anlässlich WEF Besuch 23.01.2018



Nationalbank Generalversammlung Bern 27.04.2018



Nationalbank Generalversammlung Bern 27.04.2018

Professoren machen Druck auf Pensionskasse des Bundes

Umwelt Die Publica soll bis 2023 ihre Investitionen aus Firmen der fossilen Branche abziehen, fordern 166 Fachleute aus dem ETH-Bereich. Die Pensionskasse nimmt nun Stromkonzerne unter die Lupe.

Stefan Häni

Die Warnung ist eindringlich, und sie kommt nicht nur von Linkspartnern oder Umweltsverbänden – sondern auch von 166 Persönlichkeiten aus dem ETH-Bereich, darunter 128 Professorinnen und Professoren. «Je länger wirksame Massnahmen zur Verhinderung eines katastrophalen Klimawandels und für saubere Energien ausbleiben, desto unvermeidbarer werden später radikale, stabilitätgefährdende Normmassnahmen im Weltkrisenmodus», heisst es in einem Schreiben, das dieser Zeitung vorliegt.

Adressat ist die Publica, die Pensionskasse des Bundes. Mit einer Bilanzsumme von rund 60 Milliarden Franken zählt sie zu den grössten Pensionskassen der Schweiz. Rund 2 Prozent davon, also 900 Millionen Franken, investiert die Publica in Unternehmen, die im fossilen Sektor tätig sind und damit den globalen CO₂-Ausstoss ankurbeln.

Es ist demnach dieses Geschäftsfeld, das die Unterzeichner des Schreibens äusserst kritisch beurteilen. Die Publica, so ihre Erwartung, solle in den nächsten Jahren sämtliche Investitionen aus solchen klimaschädigenden Unternehmen abziehen. Davon

zusammen soll sie nur jene Unternehmen, die es bis 2023 schaffen, ihren Geschäftsplan mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens in Einklang zu bringen.

Für die 166 Fachleute ist klar: Die Investitionen im fossilen Sektor stellen nicht nur ein grosses ökologisches Risiko dar, sondern auch ein «erhebliches finanzielles». Als Konsequenz aus dem Pariser Klimaabkommen, das 2016 in Kraft getreten ist, werde sich die Entwicklung der Technologie im Sektor der erneuerbaren Energie beschleunigen, der Regulierungsdruck der Regierungen werde steigen, auch werde der Druck aus der Zivilgesellschaft weiter zunehmen, so die Fachleute im Schreiben. Eine starke Wertminderung von Unternehmen der fossilen Branche beurteilen die Fachleute



Unternehmen im fossilen Sektor schädigen das Klima – hier eine Ölfabrik in Norwegen. Foto: Getty Images/Photo12

dabei als wahrscheinlich – und zwar noch bevor grüne Energie und neue Technologien zu einer sinkenden Nachfrage nach fossiler Energie führen würden.

Kohlproduzenten verbannt
Gänzlich unantagig geblieben ist die Publica bis jetzt nicht. 2015 hat sie den Schweizer Verein für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen mitbegründet. Die Fachleute begrüssen dieses Engagement im Schreiben ausdrücklich. Gleichwohl erwarten sie, dass die Publica ihre «Vorbildfunktionen» im Finanzplatz Schweiz in Einklang mit den belvischen Klimazielen «deutlich aktiver» wahrnehmen soll. Inwiefern die Publica das tun wird, ist noch unklar. Patrick Ueffli, stellvertretender Leiter Asset-Management,

lässt auf Anfrage offen, ob die Publica bis 2023 ihre Gelder aus der fossilen Branche abziehen werde. Er legt aber Wert auf die Feststellung, dass das Thema Publica überaus wichtig sei. Die Pensionskasse nimmt regelmäßig Risikoanalysen vor –

durchaus mit Folgen. 2016 hat sie die Kohleproduzenten aus ihrem Portfeuille verbannt.

Nun wird sie laut Ueffli, die Stromunternehmen, in die sie investiert, auf deren Klimaverträglichkeit hin überprüfen. Als teilweise erfüllt sieht die Publica die zweite Forderung der Briefunterzeichner. Demnach soll sie Einfluss auf den Kurs der Unternehmen nehmen – über ihre Stimmrechte bei Beteiligungen und den Dialog mit den Verantwortlichen. «Der Schweizer Ver-

ein verantwortungsbewusste Kapitalanlagen steht mit einigen dieser Firmen im Dialog», sagt Ueffli. Allerdings seien etwaige Erfolge nur schwer messbar.

«Ermutigende» Signale
Eine offizielle Antwort auf das Schreiben stellt Ueffli für diesen Herbst in Aussicht. Vorläufig wird sie die Kassenkommission, das höchste Organ der Publica, das unter anderem die Grundsätze der Risikopolitik definiert. Im 16-köpfigen Gremium figuriert unter anderem der Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung, Serge Galland.

Die Signale der Pensionskassen lösen im Kreis der Briefunterzeichner ein positives Echo aus. Der ETH-Physikprofessor Rüdiger Frühlich etwa bezeichnet sie als

«durchaus ermutigend», «Es wäre nicht korrekt, der Publica im jetzigen Zeitpunkt Vorwürfe zu machen.»

Doch an der ETH gebe es auch Bedenken wegen des Schreibens. Beno Knutti, Professor für Klimaphysik, unterstützt zwar das Anliegen persönlich. Allerdings hält er es für bedenklich, wenn eine Gruppe von Fachleuten öffentlich auf diese Art Partei ergreife. Die Bevölkerung könne schlecht unterscheiden, ob man als Forscher spreche, der seine Meinung vertrete, oder als Wissenschaftler, der die Position der ETH wiederlege, oder aber als Privatperson. Das sei problematisch. «Man wird sofort in die linke grüne Ecke gestellt, mit der Glaubwürdigkeit als Wissenschaftler wird es dann schwierig.»

Professorenbrief an Pensionskasse Publica 14.08.2018



Besuch bei Blackrock, Pictet und Deutsche Bank Zürich 25.09.2018



Climate March Genf 13.10.2018



Runder Tisch Richtung Klimastadt Zürich 27.11.2018 Wandellust



Fossil Banks No Thanks 07.12.2018



Klimaalarm mit Klimaallianz Bern 08.12.2018



Erster Klimastreik Zürich 14.12.2018